

Kundgebung gegen die Proteste der Corona-Leugner*innen am 11. Dezember

Das Bündnis „Aufklärung statt Verschwörungsideologien“ (ASVI) ruft am 11.12.2021 um 13 Uhr zu einer Kundgebung am Willy-Brandt-Platz unter dem Titel „Gegen Verschwörungsideologien, für eine solidarische Corona-Politik“ auf, um gegen das Auftreten von Corona-Leugner*innen, Rechten und Antisemit*innen gemeinsam auf die Straße zu gehen.

Am letzten Samstag, dem 4. Dezember, versammelten sich zum dritten Mal Corona-Leugner*innen und Impfverweigerer*innen in der Frankfurter Innenstadt. Unter ihnen waren auch bekannte Neonazis von der Kleinstpartei „Der III. Weg“, Antisemit*innen sowie bekannte Größen des Querdenken-Spektrums. Sie verbreiteten, wie in den Wochen davor, rechte Hetze, antisemitische Verschwörungsideologien und absurde Falschinformationen zu Corona und der immer noch andauernden Pandemie.

Dabei setzen sie ihren Aufmarsch durch die Frankfurter Innenstadt gewalttätig durch und griffen den anwesenden Gegenprotest körperlich an.

„Das es in der Hochphase der vierten Welle der Corona-Pandemie zu Aufmärschen von militanten Neonazis und Verschwörungsideolog*innen kommt, die CoViD-

19 leugnen und dazu aufrufen sich nicht impfen zu lassen, ist ein Schlag ins Gesicht all derer, die von der Pandemie hart getroffen sind. Das betrifft vor allem Menschen, die enge Angehöriger verloren haben oder Pflegenden, die durch die totale Überlastung der Krankenhäuser mit der harten Realität der CoViD-Erkrankung und ihrer tagtäglichen Folgen konfrontiert werden“, erklärt Nadine Schneider vom Bündnis Aufklärung statt Verschwörungsideologien. „Deshalb rufen wir dazu auf, mit uns am 11. Dezember erneut für eine solidarischen Zusammenhalt in der Corona-Pandemie auf die Straße zu gehen und ein entschlossenes Zeichen gegen Corona-Leugner*innen, Antisemit*innen und Neonazis in Frankfurt zu setzen!“

Weiterhin sagt Schneider: „Anders als die egoistischen Positionen der selbsternannten Querdenker setzen wir auf Solidarität! Wir fordern weiterhin eine gerechte Verteilung von Impfstoff weltweit und die Freigabe der Patente. Wir setzen uns außerdem für einen sozialverträglichen Umgang mit der Pandemie und bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege ein.“

Samstag, 11. Dezember, 13 Uhr
Willy-Brandt-Platz

Asvi.noblogs.org

TERMINE

12. Dezember Sonntag

Porsche und Rolex – und dann Hartz IV
Ist die kriminelle Macht der Clans zu brechen? Matinee mit Dirk Peglow
Dirk Peglow, kommissarischer Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender Hessen des Bund Deutscher Kriminalbeamter e.V. Business Crime Control und KunstGesellschaft - Beitrag 5/1 € - 2G-Regel.
Anmeldung: info@kunstgesellschaft.de
11 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5

Waldspaziergang durch den Teufelsbruch/Fechenheimer Wald

Teile des schützenswerten Waldes sollen für den Bau des Riederwaldtunnels gerodet werden. Nun wurde der Wald von Aktivist*innen besetzt. Der Spaziergang führt durch die bedrohten Teile des Waldes inklusive der Waldbesetzung. People for Future
14 Uhr, ab U-Bahnstation Kruppstraße.
(Bitte mit Maske)

Migrantische Erfahrung, Flucht & Exil, Identität

Gespräch und Musik mit Prosechòs & Cemil Qocgiri Duo
Vor 40 Jahren gründeten vier Griechen auf der Flucht vor dem Militärdienst Prosechòs, die erste Rembetiko-Band auf deutschem Boden. Von Anfang an räumten sie mit dem Vorurteil auf, Musik sei eine Dudeltapete im griechischen Restaurant, sagten der „Zorbaisierung und Souvlakisierung“ den Kampf an und sangen die alten Lieder einer rebellischen Subkultur, die sich über Mode, Musik und den Genuss von Cannabis definierte. Ihr Repertoire veränderte und öffnete sich über die Jahre und wurde mediterran, man arbeitete mit Künstlern aus der Türkei und Nordafrika zusammen.

Im Gespräch geht es um 60 Jahre Anwerbeabkommen und die zweite Gastarbeitergeneration. Wir sprechen über Flucht vor politischer Verfolgung und Exil sowie die Herausbildung einer eigenen künstlerischen Identität in der neuen Heimat.

Eintritt: 13,90 € -

2G+ mit Nachweis

www.Brotfabrik.de

20 Uhr, Brotfabrik, Bachmannstr. 2-4



TERMINE

13. Dezember Montag

***online* Die Bundeswehr - eine Parlamentsarmee**

Gemäß der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ist die Bundeswehr zum Zwecke der Verteidigung unseres Landes da. Sie führt Aufträge aus, die ihr vom Deutschen Bundestag (also vom Parlament) erteilt werden. Diese Verortung hat sich in der Geschichte unseres Landes bewährt. Aber deckt sich die Praxis der Auslandseinsätze der Bundeswehr noch mit den Intentionen unserer Verfassung? Sollte diese beibehalten oder verändert werden? Oder sollten Zahl und das Ausmaß der Auslandseinsätze wieder reduziert werden?

Impuls von Dr. Dieter Weingärtner, Jurist und ehem. Leiter der Rechtsabteilung im Verteidigungsministerium.

Weitere Gesprächspartner: Otto Jäckel, IALANA (Vereinigung für Friedensrecht), Dr. Norbert Pflüger (Fachanwalt für Arbeitsrecht Frankfurt)

Anmeldung:

schrader@evangelische-akademie.de
19 Uhr

Film: Decolonize chocolate 2

(Dokumentarfilm (2020) von fairafric GmbH | 59 Min., OmdU)

Auf dem Gelände von Yayra Glover Ltd. steht die neue Schokoladenfabrik von fairafric Ghana und produziert mehrere zehntausend bio-faire Schokoladentafeln pro Tag. Dadurch entstehen vom Anbau bis zur Verpackung unzählige neue Arbeitsplätze für Jung und Alt. Die Wertschöpfung bleibt im Land!

fair-ein e.V. und Weltladen Bornheim

Anmeldung: cristina.valdivia@epn-hessen.de
19 Uhr, Haus am Dom, Domplatz 3

14. Dezember Dienstag

Das Afghanistan-Desaster – Lehren für die Zukunft

Welchen Schluss zieht die Weltgemeinschaft, ziehen wir aus den jüngsten Ereignissen in Afghanistan für künftige Friedensmissionen? Was wollen wir einer neuen Bundesregierung mitgeben?

Mit Christine Hoffmann, Generalsekretärin pax christi;

Nora Bach-Sliwinski, Hauptmann, Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V. ;
Dr. Oliver Müller, Leiter Caritas International

Christine Buchholz, DIE LINKE, Mitglied des Verteidigungsausschusses (bis 2021)

Moderation: Elisa Rheinheimer-Chabbi

Anmeldung:

keb.frankfurt@bistumlimburg.de

Als Livestream auf dem YouTube-Kanal „Frankfurter Domkreis“

19 Uhr, Haus am Dom, Domplatz 3

Ein Solarkraftwerk für Cuba 100 Kwp Sicher!

Erfreulicher Zwischenstand des Projektes Bis zum 30. November haben wir 84.787,85 € an Spenden erhalten und damit sind die ersten beiden Module über 100Kwp Solarkraftwerk gesichert, wir arbeiten jetzt am dritten Modul. Der Kostenanteil von InterRed beträgt für diese Anlagengröße 84.000 Euro. Als Projektpartner konnten wir das Forschungszentrum für Immunologie (CIM) gewinnen. CIM gehört zur Unternehmensgruppe Biocubafarma*. Die Aufbauarbeiten der Dachsolaranlage wird von unserem Kooperationspartner übernommen. Das sind ungefähr 18.000 Euro der Gesamtkosten. Die Form der Zusammenarbeit haben wir im Oktober in einem „Letter of Intend“ festgehalten.

InterRed hatte in der Vergangenheit öffentliche Zuschüsse von der Hessischen Landesregierung für Projekte erhalten. An diese Erfahrungen anknüpfend, haben wir auch für die Solaranlage einen Förderantrag gestellt. Eine der Bedingungen der Förderung ist, dass wir vor der Genehmigung des Förderantrags mit dem Projekt nicht beginnen können. Um aber keine Zeit zu verlieren wollen wir zum Förderantrag einen Antrag zur „Genehmigung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn“ stellen. So könnten wir am 2. Januar 2022 mit der Realisierung des Projekts starten.

Viele technische Details hat ein mit Solartechnologie vertrautes Mitglied unseres

Vereins bereits vor Ort abklären können.

Unsere erste Ausbaustufe wird aus ca. 300 Solarzellen à 340wp bestehen und eine Fläche von ca 500-600m² einnehmen. Die Anlage wird eine Jahresproduktion von ca. 150.000 Kilowattstunden Strom ermöglichen. Wenn alles klappt, kann mit der Stromerzeugung zu Beginn des 2. Quartals begonnen werden.

Die Anlage wollen wir dann in Modulbauweise und angepasst an das Fassungsvermögen von Überseecontainern das Solarkraftwerk weiter ausbauen.

Dazu brauchen wir weitere Spenden und müssen dieses Projekt breiter bekannt machen. Das Netzwerk InterRed ist gemeinnützig. Wo es gewünscht ist, können wir Spendenbescheinigungen für die Steuererklärung ausstellen.

Unser Spendenkonto:

Netzwerk InterRed e. V., Bank für Sozialwirtschaft

IBAN: DE50 5502 0500 0007 6002 00

www.InterRed-org.de

info@InterRed-org.de

*Biocubafarma hat 5 erfolgreiche Impfstoffe gegen Covid entwickelt. Die Impfkampagne in Cuba lief sehr erfolgreich. Die 7-Tage-Inzidenz wurde von über 600 auf unter 10 gesenkt, die Todesfälle pro Tag von nahe 100 auf 1-2 Todesfälle.

*Netzwerk InterRed cooperacion e. V.,
Pressemitteilung 3.12.2021*

Sozialbindungen in der Ladengalerie in Gefahr

Am 31. Dezember 2021 laufen die Sozialbindungen von 55 der 157 Wohnungen in der Bockenheimer Ladengalerie aus. Bisher ist eine Verlängerung der Bindungen nicht in Sicht. Dazu erklärt Eyup Yilmaz, wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Römer: „Der Gebäudekomplex wurde 2018 an den privaten Investor RFR-Holding verkauft. Obwohl das Gebäude in einem Milieuschutzgebiet liegt, hat die Stadt ihr Vorkaufsrecht nicht genutzt. ... angesichts der davonlaufenden Zeit schwinden die Chancen zusehends auf eine sozialverträgliche Vereinbarung. Immer wieder verspricht die Stadt mit Eigentümer*innen in Verhandlungen zu treten. Trauriges Ergebnis: Die Stadt Frankfurt verhandelt bis zur letzten Sekunde und verkündet dann, dass der Kauf nicht zustande kommt. Damit gehen wertvolle Sozialbindungen verloren. Beispiele dafür sind die gescheiterten Verhandlungen für die Wohnungen der Zoopassage und der Waldschmidtstraße im Ostend. Allein 2020 sind in Frankfurt 817 Sozialbindungen ausgelaufen, mit erwartbaren Folgen: Die Mieten steigen stetig an ...“

Yilmaz kritisiert: „Die Verhandlungen und die abgeschlossene Abwendungserklärung zwischen Stadt und Eigentümer*innen sind weder transparent noch nachvollziehbar. Die Folge ist, dass Mieter*innen Mieterhöhung um bis zu 15 Prozent innerhalb von drei Jahren befürchten müssen. Sollte der Eigentümer modernisieren, sind sogar noch höhere Mietsteigerungen möglich. ...“

Yilmaz weiter: „Die Stadt Frankfurt muss verhindern, dass Wohnungen an private Investor*innen mit Gewinnabsichten verkauft werden. Stattdessen sollte sie den Bestand an öffentlichen Wohnungen ausbauen. Die konsequente Anwendung des Vorkaufsrechts in Milieuschutzgebieten kann ein erster wichtiger Schritt sein. ...“
Dafür müsse die Stadt Druck auf das Land ausüben und das Wohnraumförderungsgesetz ändern: „Wir brauchen unbefristete Bindungen im geförderten Wohnungsbau. Einmal sozial gebaut, soll die Sozialbindung für immer bestehen bleiben. ...“

DIE LINKE. Fraktion im Römer, Pressemitteilung, 29. November 2021

Abschlussklärung zum 28. Bundesweiten Friedensratschlag

Der erfolgreiche 28. (digitale) Friedensratschlag „Widerstand gegen Aufrüstung und Krieg – Aufbruch für Abrüstung und Frieden“ fand am Samstag 4. Dezember 2021 mit über 250 Teilnehmerinnen statt.

Von der neuen Regierungskoalition von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP ist kein Umsteuern in der Außen- und Militärpolitik zu erwarten. Der vorliegende Koalitionsvertrag gibt wenig Hoffnung auf eine Entspannungspolitik. Im Gegenteil, die aggressive Einkreisung Russlands und Chinas sollen verschärft werden. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sollen – trotz des verheerenden Afghanistan-Krieges – nicht beendet, sondern für die „Durchsetzung der regelbasierten internationalen Ordnung“ ausgeweitet werden.

Besonders an der Westgrenze Russlands, in Afrika, aber auch im Pazifik und im Nahen Osten werden die Kriegsdrohungen lauter. Statt das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen zu stärken, wird weiter auf das „Recht des Stärkeren“ gesetzt. Die Koalition will mit ‚Strategischer Souveränität‘ für die EU und mit der NATO als ‚Sicherheitspfeiler‘ die militärische Eskalation fortsetzen. Der Druck auf unabhängige Staaten soll mit Blockaden und Sanktionen weiter verstärkt werden. Damit wird die Weltflüchtlingskatastrophe, die vor allem in Kriegen unter Beteiligung von NATO-Staaten ihren Ursprung hat, zunehmen.

Auch wenn die angekündigte Teilnahme als Beobachter an der Vertragsstaatenkonferenz des UN-Atomwaffenverbotsvertrages – eine Folge des Drucks der Friedensbewegung – einen anderen Eindruck zu vermitteln sucht: Atomwaffen werden in Deutschland weiterhin einsatzbereit gelagert, sogar treffsicherer gemacht, die „atomare Teilhabe“ bleibt Teil der offensiven Kriegsführungsstrategie.

Es wird kein Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag angestrebt und auch Rüstungsexporten wird kein klarer Riegel vorgeschoben. Das angekündigte Rüstungskontrollexportgesetz ist unzureichend. Nach dieser Koalitionsvereinbarung sollen die Aufrüstungspolitik und die 2-Prozent-Forderung der NATO sowie eine weitere EU-Militarisierung realisiert werden. Die Anschaffung bewaffneter Drohnen – sollte dieser Plan im Koalitionsvertrag nicht gestoppt werden – und die Absicht, neue Atombomber anzuschaffen und am 500 Milliarden-Euro-Projekt FCAS weiterzuarbeiten, sind eine deutliche Absage an friedenspolitische Positionen. Die Mittel für diese weiter forcierte Hochrüstung fehlen im Bereich der Sozialpolitik, der Bildung, Gesundheit, der Ökologie und in allen weiteren Bereichen der Daseinsvorsorge.

Dass nach dem Koalitionsvertrag Deutschland künftig für einen „vernetzten und inklusiven Ansatz langfristig drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in internationales Handeln investiert“, und „so seine Diplomatie und seine Entwicklungspolitik stärkt und seine in der NATO eingegangenen Verpflichtungen erfüllt“, signalisiert, dass mit allen Mitteln eine militärisierte Globalstrategie betrieben werden soll.

Gegen diese Politik ist breiter Protest und Widerstand einer außerparlamentarischen Opposition mit klaren Positionen erforderlich. Wir werden daher weiter aktiv bleiben und müssen neue Mitstreiter:innen für einen wirklichen politischen Wandel gewinnen. Denn eine ernsthafte und wirkungsvolle Friedenspolitik ist unabdingbare Voraussetzung für die Bewältigung der vielen globalen und regionalen Krisen und Herausforderungen, die die Zukunft der Menschheit bedrohen.

Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, Rassismus und Abschiebungen bekämpfen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, das schafft Perspektiven für Entwicklung und soziale und globale Sicherheit.

Die Friedensbewegung fordert einen wirklichen Politikwechsel:

- Abrüsten statt Aufrüsten, Frieden und Kooperation, das geht nur mit einer neuen Entspannungspolitik und internationaler Zusammenarbeit.
- Rüstungsexporte müssen verboten werden, bewaffnete Drohnen und Atomwaffen verschwinden, die Bundeswehr muss die Auslandseinsätze beenden.
- Statt Kriegspropaganda und Militarisierung fordern wir Zukunftsinvestitionen für eine internationale, gemeinsame Sicherheit.

*Bundesausschuss Friedensratschlag,
Pressemitteilung 04.12.2021*

Liebe Leser*innen des Frankfurter Infos,

dies ist die letzte Nummer im Jahr 2021. Die nächste Nummer erscheint am 8. Januar 2022. Aktuelle Termine könnt Ihr auf unserer Webseite frankfurter-info.org nachschauen.

Die Redaktion wünscht Euch einen guten Übergang in das neue Jahr. Bleibt vor allem gesund!

TERMINE

14. Dezember **Dienstag**

Auschwitz fotografieren - Fotos von Bernd Löser

Bei einem Besuch der Gedenkstätte Auschwitz hat Bernd Löser den Umgang von Besucherinnen und Besuchern mit dem Ort und mit der dort gezeigten Ausstellung fotografisch dokumentiert.

Wir sprechen anhand seiner Fotos über die Problematik der Darstellung des Holocaust und über die Funktion von Gedenkstätten.

5/3/1 Euro - 2G - Anmeldung:

info@kunstgesellschaft.de

19 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5

Ein rechter Soldat mit Umsturzplänen?

Franco Albrecht vor Gericht

Offenes Haus der Kulturen mit NSU-

Watch und Kampagne „Kein Einzelfall“

Seit Mai 2021 steht der beurlaubte

Bundeswehrosoldat Franco Albrecht in

Frankfurt vor Gericht. Ihm wird u.a. die

Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat vorgeworfen. Der

gebürtige Offenbacher hortete Waffen und

Munition, gab sich als falscher Asylbewerber

aus und plante offenbar, unter dieser

Identität einen Terroranschlag zu begehen.

Bereits seine Masterarbeit war gespickt

mit rassistischen, frauenfeindlichen und

antisemitischen Elementen. Ein Beobachter

des Prozesses wird auf die bisherigen

Erkenntnisse eingehen. Die extrem rechten

Netzwerke, in denen sich Albrecht bewegt,

werden beleuchtet. Die Initiative „Kein

Einzelfall“ wird über ihre Arbeit mit der

antifaschistischen Kampagne rund um den

Prozess und Franco Albrecht berichten.

19 Uhr, Studierendenhaus, Mertonstr. 26

15. Dezember **Mittwoch**

Frühe Zeugnisse zum Holocaust

Die Zeitschrift »Von der letzten Zerstörung«.

Buchvorstellung mit Dr. Markus Roth

und Frank Beer - in Präsenz und online

Die Zeitschrift war ein einmaliges Forum

für Zeugnisberichte Überlebender der Shoah.

Von 1946 bis 1948 schilderten sie darin

ihre Alltags- und Verfolgungserfahrungen

sowie Aktionen jüdischen Widerstands.

Mitten im Land der Täter entstand so

unmittelbar nach der Befreiung eine

Sammlung zur Alltags- und Kulturgeschichte

des Holocaust – Jahrzehnte, bevor die

Forschung sich diesen Themen zuwandte.

Anmeldung für die Teilnahme in Präsenz

bis 13. Dezember: anmeldung@fritz-bauer-

institut.de, Betreff: 15. Dezember 2021

Zutritt mit einer ausgedruckten Zutritts-

bescheinigung (wird zugeschickt) und einem

2-G-Nachweis.

Livestream auf YouTube Fritz-Bauer-Inst.

18.15 Uhr, Goethe-Universität, Campus

Westend

TERMINE

15. Dezember **Mittwoch**

Mensch, Rosa!

In einer musikalischen Lesung zum 150. Geburtstag der Freiheitskämpferin, nähern sich die Schauspielerinnen Bettina Kaminski und die Cellistin Laura Maria Bastian dieser facettenreichen Persönlichkeit an. Einer Frau mit Führungsanspruch, die das Leben liebte, deren politische Analyse messerscharf war, die durch ihren Reden mitreißen konnte und die man aus Angst vor ihrer politischen Überzeugungskraft jahrelang ins Gefängnis steckte. Der „Mensch, Rosa!“, der die Menschen anstecken konnte mit seinem Mut, seiner Zuversicht, seiner Freude und seiner unbändigen Energie.

Rosa Luxemburg Stiftung Hessen und Freies Schauspiel Ensemble
Karten: freieschauspiel.de

18 / 10 / 5 € Präsenz: 2G

Livestream auf YouTube Freies Schauspiel
19.30 Uhr, Titania, Basaltstr. 23

Film: Das Leben des Brian

(Monty Python's Life of Brian, GB 1979)
94 Min., engl.m.dt.U)

Eintritt 2,50 € (3G + Maske)

Tickets ab dem 13.12. pupille.org

20.15 Uhr, Pupille Kino, Mertonstr. 26-28

16. Dezember **Donnerstag**

***online* Wenn die Luft brennt: Rechte Klimaschutzkritik kontern**

18 Uhr, auf Zoom

Film: Contra

(Sönke Wortmann | DE 2020 | 104 Min.)

Als Komödie verpackt werden Themen wie latenter bis offener Rassismus, freie Meinungsäußerung und deren Grenzen sowie die Kraft von Sprache behandelt.

Eintritt: 7 / 3,50 € (3G/PCR-Test + Maske)
Karten: 069 212 45 714

18 Uhr, Filmforum Höchst, Emmerich-Josef-Str. 46a

Der NS und wir. Eine Spurensuche im Heute

19 Uhr, Osthafenforum, Lindleystr. 15

Film: Viva Portugal

Über die Machtkämpfe und Wirren nach der Nelkenrevolution, das Elend der portugiesischen Massen, sowie den Versuch in Portugal den Sozialismus zu erkämpfen. Vor 50 Jahren, am 25.04.1971, putschen linke antifaschistische Offiziere der Movimento das Forças Armadas (Bewegung der Streitkräfte) und stürzten die älteste, faschistische Diktatur Europas, den Estado Novo und beendeten damit einen barbarischen Kolonialkrieg in Afrika. (2G plus) OAT-FFM

20 Uhr, Festsaal im Studierendenhaus,
Mertonstr. 26-28

Der NS und wir. Eine Spurensuche im Heute

Der Utopische Raum. Vortrag und Gespräch mit den Ausstellungskurator*innen Angela Jannelli und Gottfried Kößler, Historisches Museum Frankfurt. (im Osthafenforum und online)

Im Stadtlabor des Historischen Museums fragen sich Frankfurterinnen und Frankfurter, welchen Spuren der NS-Zeit sie in ihren Leben begegnen. Wie äußert sich die Vergangenheit in unserer heutigen, von Diversität geprägten Gesellschaft? Welche Gefühle, Einstellungen oder Prägungen wirken noch heute? Welche Bezüge stellen Frankfurter*innen zu ihnen her? Was ist eigentlich gemeint, wenn heute von Erinnerungskultur gesprochen wird?

Zur Eröffnung der Ausstellung „Frank-

furt und der NS. Das Stadtlabor auf Spurensuche im Heute“ berichten die Ausstellungskurator*innen von den theoretischen Überlegungen, die sie geleitet haben, und den Erfahrungen bei der transkulturellen Erinnerungsarbeit.

Mit dem Stadtlabor auf Spurensuche im Heute – Frankfurt und der NS, Ausstellung im Historischen Museum Frankfurt, 9. Dezember 2021 – 11. September 2022

Einlass ab 18:15 Uhr. Max. 70 Personen

(3G mit Nachweis)

Auch auf dem Youtube-Kanal von [medico international](http://medicointernational).

Donnerstag, 16. Dezember, 19 Uhr,
Osthafenforum, Lindleystr. 15
(gegenüber Nr. 11)

***online* Wenn die Luft brennt: Rechte Klimaschutzkritik kontern**

Seminar mit Nadja Kaiser, Team Gegenargument

Klimawandelleugnung, Angriffe gegen Aktivist*innen, völkische Instrumentalisierung der industriepolitischen Krise – die extreme Rechte will das Thema Klimaschutzkritik besetzen. Das Online-Seminar gibt einen Überblick zu extrem rechten Interventionen rund um das Thema Klimaschutzdebatte – vor allem im Netz. Die Teilnehmenden werden unterstützt sich gegen Klimawandelleugnung, rechte Industriepolitik und Verschwörungstheorien zur Wehr zu setzen. Es fokussiert auf den Umgang mit extrem rechten Positionen in der Debatte und kann eine Beschäftigung mit allgemeinen Argumenten in der Klimaschutzdiskussion nicht ersetzen.

Das zweistündige Online-Seminar stärkt dafür die Kommunikationspraxis im Netz: Ob Diskussion mit Freund*innen, Foremsdebatten oder regionale Facebook Gruppen – wir stellen vor, welche Kommunikationssituationen unterschieden werden können und welche Handlungsoptionen sie uns bieten. Diskutieren, positionieren, anzeigen? Die Teilnehmenden schärfen ihr Bewusstsein dafür, wie sie in diesen Situationen jeweils sinnvoll handeln können und wollen.

Auf der Argumentationsebene behandeln wir eine Auswahl typischer rechter Argumentationsmuster rund um rassistische und antifeministische Anteile von Klimaschutzkritik, sowie natürlich eigene Gesprächsstrategien, die dann live ausprobiert werden können.

Anmeldungen bis spätestens 14. Dezember 2021: anmeldung@boell-hessen.de

Donnerstag, 16. Dezember, 18 Uhr,
auf Zoom

Neues Buch der Geschichtswerkstatt „Gallus Geschichte“

Die Geschichtswerkstatt Gallus bringt seit 2013 monatlich das kostenlose Info „Die Geschichtswerkstatt Gallus berichtet. Historisches und Aktuelles“ heraus, von wechselnden Autor:innen geschrieben. Die Themen der Infos sind so vielfältig wie das Gallus und seine Vergangenheit. Mehr als einhundert Ausgaben des Infoblatts sind bis heute erschienen, über vierhundert DIN-A4 Seiten berichten von der Frühgeschichte des Gallusgebiets im 16. Jahrhundert bis in die 1990er Jahre.

Da manch älteres Info vergriffen ist, hat sich die Geschichtswerkstatt Gallus entschieden, die ersten 100 Ausgaben in diesem gebundenen Buch mit festem Einband herauszubringen. Die Infos sind, ergänzt um ein Inhalts- und Schlagwortverzeichnis, in Originalgröße und unverändertem Layout, jedoch durchgehend in Schwarz-Weiß enthalten. Unterstützt durch Spenden konnte das Buch vorfinanziert und jetzt zu dem günstigen Selbstkostenpreis von 15,00 € angeboten werden.

Das neue Buch, wie auch ältere Veröffentlichungen und der Historische Galluskalender 2022 können bei der Geschichtswerkstatt Gallus erworben werden. Bestellungen (bei postalischer Zustellung zuzüglich Versandkosten) an die Email-Adresse der Geschichtswerkstatt: GWGallus@gmail.com

Die unabhängige, offene Gruppe von Geschichtsinteressierten entstand 2007 als Folge einer Veranstaltung des Instituts für Stadtgeschichte im Gallus zur Nachkriegszeit. Die Mitglieder recherchieren seitdem über die vielfältigen Aspekte der Sozial-, Industrie-, Architektur- und Sportgeschichte unseres Stadtteils.

TERMINE

17. Dezember Freitag

Mahnwache zum Untersuchungsausschuss

Im Dezember tagt der Untersuchungsausschuss zu den rassistischen Morden in Hanau im Hessischen Landtag. Kommt zu den Mahnwachen und Kundgebungen in Wiesbaden!

Aufruf zur Solidarität mit den Angehörigen und Überlebenden des 19. Februar 2020

Die Angehörigen und Überlebenden des 19. Februar 2020 haben den Untersuchungsausschuss zu Hanau erkämpft. Mit ihrer Beharrlichkeit haben sie SPD, FDP und Linke überzeugt und letztlich sogar die Regierungskoalition aus CDU und Grünen gezwungen, dem Einreichungsantrag im Juli 2021 zuzustimmen. Jetzt am 3. Dezember findet im Hessischen Landtag die erste öffentliche Sitzung statt.

Die Angehörigen und Überlebenden werden als Erstes reden. Das ist immer noch keine Selbstverständlichkeit. Die Stimmen der Betroffenen haben sich damit durchgesetzt und werden mit ihren eigenen Fragen nach Aufklärung den Untersuchungsausschuss eröffnen.

An den vier ersten öffentlichen Sitzungen, am 3.12., 17.12., 20.12.2021 sowie am 21.01.2022, werden jeweils drei Angehörige als Zeuginnen gehört. Sie werden berichten, was sie in der Tatnacht und danach erleben mussten. Sie werden die Parlamentarier:innen mit ihren offenen Fragen konfrontieren und deutlich machen, dass sie den Stand der Dinge nicht akzeptieren. Innenminister Beuth redet von „exzellenter Polizeiarbeit“ und täuscht insbesondere beim nicht erreichbaren Notruf mit falschen Aussagen. Verantwortliche der Behörden und der Polizei schweigen oder rechtfertigen gar ihre offensichtlichen Fehler. Die Staatsanwaltschaften eröffnen allenfalls „Prüfverfahren“, wenn sie mittels Strafanzeigen dazu verpflichtet wurden. Und alle scheinen die Akten zu Hanau so schnell wie möglich abschließen zu wollen.

So werden wir das auf keinen Fall stehen lassen. Wir begreifen den Untersuchungsausschuss als einen weiteren Raum, indem wir eine kritische Aufarbeitung einfordern werden: u.a. zu den Waffenerlaubnissen für den Täter, zur Nichterreichbarkeit des Notrufs, zum verschlossenen Notausgang am zweiten Tatort, zu den ungeklärten Umständen am Täterhaus, zum Umgang mit den Angehörigen in der Tatnacht und danach, zur Rolle des Vaters des Täters sowie zu den rechtsradikalen Polizisten innerhalb des in Hanau eingesetzten SEKs. „Eine Kette des Versagens vor, in und nach der Tatnacht“ – das haben wir als Initiative 19. Februar den verantwortlichen Politiker:innen, der Polizei und den Behörden

bereits zum ersten Jahrestag des Anschlags vorgehalten und mit zahlreichen Zeug:innenaussagen und Dokumenten belegt: <https://19feb-hanau.org/2021/02/14/wir-klagen-an-ein-jahr-nach-dem-rassistischen-terroranschlag/>

Den kommenden Untersuchungsausschuss sehen wir als weitere Möglichkeit, eine breite Öffentlichkeit zu den offenen Fragen rund um den rassistischen Terroranschlag in Hanau herzustellen.

Mit Mahnwachen und Kundgebungen in Wiesbaden wollen wir den Angehörigen und Überlebenden unsere Solidarität zeigen und ihnen Rückendeckung verschaffen. Wir haben in den 21 Monaten gelernt: ohne Druck lässt sich keine unserer Forderungen durchsetzen. Wir wollen unmissverständlich zum Ausdruck bringen: unser Kampf für eine lückenlose Aufklärung und für Konsequenzen geht weiter. Dafür brauchen wir Euch.

Initiative 19. Februar Hanau

8.30 Uhr, Wiesbaden, Grabenstraße (am Hessischen Landtag)

Sofortige Freilassung von Leonard Peltier und Mumia Abu-Jamal

Mahnwache: Wir fordern die sofortige Freilassung der politischen Langzeitgefangenen in den USA sowie die

- vollständige Aufhebung der US-amerikanischen Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba ,
- Auflösung des US-Gefangenenlagers und der US-Militärbasis Guantánamo und die Rückgabe des illegal besetzten Gebietes,
- Beendigung der subversiven US-Interventionen von „US-Regime-Change“-Programmen,
- Respektierung der Souveränität Kubas und seiner demokratisch gewählten Regierung,
- Unabhängigkeit und Selbstbestimmung Puerto Ricos.

Wir fordern den Verzicht auf weitere völkerrechtswidrige Drohungen gegen die legitime Regierung Venezuelas unter ihrem legitimen Präsidenten Nicolás Maduro durch USA, EU und andere Staaten.

Veranstalter: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba / Frankfurt und die Solidaritätsgruppen Freiheit für Mumia Abu-Jamal und Freiheit für Leonard Peltier
18 - 19 Uhr, vor dem US-Generalkonsulat, Gießener Str. 30

Film: Le Prince

(Lisa Bierwirth | DE 2021 | 120 Min.)
Monika, Mitte 40, alleinstehend, ist freie Kuratorin für bildende Kunst in der Kunst- und Kulturszene Frankfurt am Mains. Eines Tages trifft sie während einer Razzia in einem afrikanischen Restaurant im multikulturellen Bahnhofsviertel durch Zufall auf den kongolesischen Geschäftsmann und Diamantenhändler Joseph. Dieser will

Investoren für seinen Traum, den Aufbau einer eigenen Diamantenmine im Kongo, akquirieren und verdient übergangsweise sein Geld mit „Import-/Exportgeschäften“. Zwei Welten prallen aufeinander, die unterschiedlicher kaum sein mögen, gleichzeitig aber auch eine ungeheure Anziehungskraft entwickeln. Ein Liebesmärchen im Hier und Jetzt, fest verankert in der postkolonialen Realität einer internationalen Großstadt am Beispiel der Finanzmetropole Frankfurt für die sie als Chiffre für diverse kulturelle, soziale und zwischenmenschliche Konflikte dient, die die Zweisamkeit der beiden zunehmend zu bedrohen sucht.

Auch am Sa 18.12. und Mi 22.12., jeweils um 20:30 Uhr.

Eintritt: 7 / 3,50 € (3G/PCR-Test + Maske)
Kartenreservierung: 069 212 45 714
18 Uhr, Filmforum Höchst, Emmerich-Josef-Str. 46a

online Radikalierter Konservatismus

Veranstaltung mit Natscha Strobl (Politikwissenschaftlerin)

In manchen Ländern werden die traditionellen konservativen Parteien von Radikalen regelrecht gekapert, man denke nur an die US-amerikanischen Republikaner oder die Österreichische Volkspartei unter Sebastian Kurz.

Natscha Strobl untersucht in ihrem jüngst erschienenen Buch »Radikalierter Konservatismus besonders am Beispiel von rechtskonservativen wie Trump in den USA und Kurz in Österreich deren rhetorischen und politischen Strategien«. Sie zeigt, wie sie Ressentiments bedienen, um ihre Anhängerschaft zu mobilisieren. Dabei greifen sie, so Strobl, immer wieder auch auf die Methoden rechtsradikaler Bewegungen und Organisationen zurück, so dass rechter Konservatismus und Rechts extremismus kaum mehr ununterscheidbar sind.

Natscha Strobl, geboren 1985 in Wien, ist Politikwissenschaftlerin und Publizistin. Sie schreibt unter anderem für den Standard, Zeit online und die taz. Sie war Co-Autorin der Bücher »Die Identitären: Handbuch zur Jugendbewegung der neuen Rechten in Europa« und »Rechte Kulturrevolution: Wer und was ist die Neue Rechte von heute?« Seit 2018 schreibt sie auf Twitter (Ad Hoc-) Analysen und Einordnungen, um so das Wissen schnell und niederschwellig zu verbreiten. Dazu hat sie den Hashtag #NatsAnalyse ins Leben gerufen.

Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen
Anmeldung: info@rlc-vogelsberg.de
Sie bekommen dann einen Link, den Sie für die Teilnahme an der Veranstaltung benötigen.
19.30 Uhr

Frankfurter Info 22 / 2021, 30. Oktober 2021

Herausgeber: Leben und Arbeiten im Gallus und Griesheim (LAGG) e.V.

Das Frankfurter Info erscheint vierzehntäglich.

Jahresabonnement: 28,50 Euro inkl. Porto

LAGG, IBAN: DE28 5019 0000 4302 1745 69

Frankfurter Volksbank, Verwendungszweck: Frankfurter Info

Druck und Versand: druckwerkstatt Rödelsheim

Redaktions- und Bezugsadresse:

eMail: redaktion@frankfurter-info.org

Info-Telefon: Ulla Diekmann 069 - 26 91 06 08

Termine, Meldungen und Artikel bitte an die Redaktionsadresse.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 3. Januar 2022

Verantwortliche Redakteurin: U. Diekmann

Frankfurter Info online: www.frankfurter-info.org

TERMINE

18. Dezember Samstag

Norbert Wollheim Memorial und IG Farben-Haus

Öffentliche Führung. Guide: Thomas Siurkus

Das Norbert Wollheim Memorial ist ein Ort des Gedenkens und der Information über die Zwangsarbeiter der IG Farben im Konzentrationslager Buna/Monowitz (Auschwitz III).

Die Führung greift die Konzeption des Memorials auf, die Ereignisgeschichte in den drei zeitlichen Ebenen Vorkriegszeit, NS-Geschichte und Nachkriegszeit mit den lebensgeschichtlichen Erzählungen der Überlebenden verbindet.

Die Führung ist kostenlos. Treffpunkt ist vor dem Wollheim-Pavillon am Fritz-Neumark-Weg, unterhalb des IG Farben-Hauses, von der Fürstenberger Straße kommend auf der linken Seite des Campus-Geländes. Anmeldung: n.schueler@fritz-bauer-institut.de oder telefonisch 069.798 322-40
15 Uhr, Campus Westend,

Politische Philosophie: Was ist der Zweck des Staates?

Politische Philosophie ist Reflexion über die Bedeutung politischer Begriffe: Wann ist Handeln politisch? Was unterscheidet einen Staat von anderen sozialen Gemeinschaften? Welche Rechte haben Bürger gegenüber der Regierung und politischen Autoritäten?

In unserer Gruppe wollen wir sowohl kurze Texte zu verschiedenen politischen Theorien wie Liberalismus, Anarchismus, Marxismus, Feminismus lesen als auch über aktuelle Probleme diskutieren. Ist die klassische Unterscheidung linker und rechter Politik heutzutage, wie zuweilen behauptet, hinfällig? Werden die Möglichkeiten und der Aktionsraum politischen Handelns angesichts übermächtiger ökonomischer Interessen immer mehr eingeschränkt? Was bedeutet Toleranz in einer multikulturellen Gesellschaft? Basistext unserer Diskussionen ist die „Politische Philosophie“ von Robin Celikates und Stefan Gosepath, die als Band 6 des „Grundkurses Philosophie“ bei Reclam (ca. 6 Euro) erschienen ist. Es sind keinerlei philosophische Vorkenntnisse notwendig.

Unkostenbeitrag: 2 Euro

Philosophiegruppe Säkulare Humanisten
18 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5

Film: Le Prince

20.30 Uhr, Filmforum Höchst, Emmerich-Josef-Str. 46a

19. Dezember Sonntag

Dokumentarfilm: Von Dingen

von Dagmar Kamlah, D 2019, 63 min
Der Film fordert zu einem kritischen und verantwortungsvollen Umgang mit unseren Produkten auf.
Eine Sammlung von acht Sammler*innen. Eine zufällige Konstellation, der Zufall ist ein lustvolles Element des Sammelns. „Von Dingen“ fragt nach der Mechanik und Motivation des Sammelns. Es geht um den Impuls des Bewahrens, den Sinn für einen Wert im Material und in der Machart, der diese Menschen letztlich eint, egal ob sie sich für einen 16mm-Film aus den 30er Jahren oder eine alte Apfelsorte begeistern. Diese Helden eines kleinteiligen Alltags sind keine Besessenen oder Messies. Sie arbeiten an nachhaltigen Konzepten auf ihre spezielle Art. Was macht der Mensch mit den Rohstoffen der Erde? Der Eintritt beträgt 9 €, für Studierende 7 €. (2G + Maske)
Kartenbestellung: Tel: 069 5970845 (ab 15 Uhr) oder online Karten kaufen
12 Uhr, Mal Seh'n Kino, Adlerflychtstr. 6

Film: Contra

18 Uhr, Filmforum Höchst, Emmerich-Josef-Str. 46a

20. Dezember Montag

Mahnwache zum Untersuchungsausschuss

8.30 Uhr, Wiesbaden, Grabenstraße (am Hessischen Landtag)

Film: Le Prince

18 Uhr, Filmforum Höchst, Emmerich-Josef-Str. 46a

22. Dezember Mittwoch

Film: Contra

18 Uhr, Filmforum Höchst, Emmerich-Josef-Str. 46a

Film: Pankow 95

Von Gábor Altorjay, Deutschland 1983
Was wäre aus Deutschland geworden, wenn es die Wiedervereinigung nie gegeben hätte?

Die Deutsche Demokratische Republik (DDR) hat sich in ein Irrenhaus aus Staatsgröße verwandelt. Gerade der Bezirk Pankow in Ost-Berlin erweist sich als eine Brutstätte von Problemen, die nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch menschlicher Natur sind ...

Karten: 9 €, 7 €. Tel: 069 5970845 (ab 15 Uhr) - (2G + Maske)
22 Uhr, Mal Seh'n Kino, Adlerflychtstr. 6

Film: Le Prince

20.30 Uhr, Filmforum Höchst, Emmerich-Josef-Str. 46a

5. Januar Mittwoch

Führung durch die Erinnerungsstätte an der Großmarkthalle Jüdisches Museum Frankfurt

Erinnerung an die Massendeportationen aus Frankfurt

Von 1941 bis 1945 benutzte die Geheime Staatspolizei den Keller der Großmarkthalle als Sammelplatz für Jüdinnen und Juden, die deportiert werden sollten. Nahezu 10.000 Menschen wurden von hier aus mit Zügen gewaltsam in Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager verschleppt und ermordet. Auf diese Ereignisse und die Bedeutung des Ortes verweist die Erinnerungsstätte an der Großmarkthalle, die sich auf dem Gelände der Europäischen Zentralbank befindet und in Teilen öffentlich zugänglich ist.

Anmeldung: erinnerungsstaette.jmf@stadt-frankfurt.de
Die nächsten Termine:

Freitag, 4. Februar 2022, 16 Uhr

Mittwoch, 2. März 2022, 16 Uhr

Wegen der Corona-Pandemie bitten wir darum, eine medizinische Schutzmaske oder eine Schutzmaske des Standards FFP2 zu tragen und uns bei der Anmeldung die Namen, Adresse und Telefonnummer aller angemeldeten Personen zu nennen.

Jede teilnehmende Person muss einen gültigen Reisepass oder Personalausweis (im Original, nicht in beglaubigter Kopie) beim Einlass in der EZB vorzeigen.

Andernfalls ist kein Einlass möglich!

Beachten Sie außerdem, dass kein größeres Gepäck mit ins Gelände genommen werden darf. Handtaschen und kleine Rucksäcke sind erlaubt.

16 - 17 Uhr, Erinnerungsstätte Großmarkthalle, Philipp-Holzmann-Weg